

Helmut Martens, September 2003

AG 3: Strategische Wissensallianzen mit Gewerkschaften. Versuch einen Diskussionsrahmen abzustecken

1. Epochenbruch und Bedarf nach neuem Wissen – worum geht es?

Unser Diskurs- oder vielleicht richtiger Dialogprojekt¹ über „Arbeit in der neuen Zeit“ und eine „neue Politik der Arbeit“ findet seinen Ausgangspunkt in der zunehmend eingängigeren und besser gestützten Erfahrung, dass wir Zeugen und zugleich aktiv Beteiligte eines „Epochenbruchs“ sind. Er konfrontiert uns mit einer „Vielzahl offener Fragen und Unsicherheiten über die zukünftige ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Entwicklung sowie die Gestaltungsbedingungen von Arbeits- und Sozialsystemen“. Wir haben sie mit den „Spandauer Fragen“ für „eine gemeinsame produktive Weiterarbeit im Dreieck von kritischer Wissenschaft, Gewerkschaft und sozialen Bewegungen“ in einem ersten Schritt formuliert.

Auf dem zweiten Forum „Wissenspolitik und Arbeitspolitik“ wollen wir die begonnene Diskussion fortführen. Innerhalb dieses allgemeinen Rahmenthemas müsste es, wenn man den Überlegungen in den Spandauer Fragen folgt, auf dieser zweiten Forumsveranstaltung darum gehen, u.a. folgende Fragen zu klären:

- (1) Welches Potenzial der Wissensbildung können und müssten heute, nach dem Epochenbruch, durch strategische Allianzen zwischen Gewerkschaften als Organisationen der abhängig Beschäftigten und Einrichtungen der wissenschaftlichen Arbeit erschlossen werden?
- (2) Welche Akteure werden dabei für die Entwicklung einer neuen Politik der Arbeit gebraucht und wie können sie gefunden werden?
- (3) Welche politischen Konstellationen potenzieller Bündnispartner können auf lokaler und regionaler Ebene angesprochen werden und welche Handlungspotenziale sind damit verbunden?

¹ Diese Unterscheidung macht dann Sinn, wenn man unter Diskurs das Streitgespräch zwischen Repräsentanten unterschiedlicher, umrissener Positionen versteht, unter Dialog aber das Gespräch, das auf die Zusammenführung verschiedener Erkenntnisse abzielt.

- (4) Wie können die neuen, oft noch diffusen Ansprüche auf demokratische Gestaltung der weit über die Grenzen der Nationalstaaten hinausgehenden europäischen und globalen Zusammenhänge produktiv umgesetzt werden?

Die nachfolgenden Überlegungen haben sehr vorläufigen Charakter und zielen vor allem darauf ab, den Rahmen für eine Diskussion in der AG 3 im Anschluss an diese übergreifenden Fragen etwas genauer abzustecken. Sie sind ganz ausdrücklich nicht mit dem Anspruch formuliert, bereits erste Antworten zu präsentieren. Sie sollen vielmehr zur Erörterung möglicher Antworten anregen.

2. Die Gewerkschaften und die Wissenschaft – historische Ausgangspunkte

In der Frühgeschichte der Gewerkschaftsbewegung, als Teil der Arbeiterbewegung, hatte der Satz „Wissen ist Macht“ einigen Stellenwert. Dabei war das Wissen, das seitens der Organisationen der Arbeiterbewegung als handlungsrelevant galt, das sie also handlungsmächtig machen sollte, eines, das außerhalb des an den Universitäten institutionalisierten Wissenschaftsbetriebs erwuchs. Für die sozialistische Arbeiterbewegung z.B. wurde der Sozialismus an anderen gesellschaftlichen Orten „von der Utopie zur Wissenschaft“. Aber es entstand so eine durch die Marx'sche Theorie inspirierte internationale Debatte, deren Wortführer jeweils beanspruchten, Antworten auf strategische Grundfragen zu liefern und die in die bekannten Richtungsstreitigkeiten mündete. Gleichwohl hat die Gewerkschaftsbewegung aus ihr über lange Jahrzehnte hinweg sozusagen einen Sekundärnutzen gezogen. Das Wissenschaftsverständnis war dabei noch eines, das hinsichtlich seines Wahrheitsanspruchs problemlos an das naturwissenschaftliche Verständnis der Zeit Anschluss suchte, also an das der Newton'schen Physik. Wahrscheinlich kann man bis zum Ende der alten Arbeiterbewegung, das man in Deutschland wohl mit der Niederlage gegen den Faschismus datieren muss, sagen, dass das im Wissenschaftsbetrieb institutionalisierte Wissen vor allem als Herrschaftswissen der Herrschenden angesehen wurde. Auch die sogenannten „Kathedersozialisten“ und der „Verein für Socialpolitik“ änderten daran wohl nicht allzu viel. Zugleich war man sich innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung aber sicher, nicht nur über wissenschaftlich gesichertes Wissen zu verfügen, sondern mit den Facharbeiterschaft zugleich tragende „Wissenskerne“ der herausziehenden, neue Emanzipationspotentiale eröffnenden Industriegesellschaft in

den eigenen Reihen zu haben. Mit der Arbeiterbewegung zog in deren Selbstverständnis „die neue Zeit“.

3. Die Gewerkschaften und die Wissenschaft - Entwicklungslinien nach 1945

Erst nach der „Nacht des Jahrhunderts“ änderte sich das skizzierte Grundmuster des Verhältnisses von Gewerkschaften und institutionalisierter Wissenschaft deutlich. Die alten Orientierungen waren offensichtlich für diejenigen, die nach 1945 neu antraten, hinfällig geworden, jedenfalls in ihren früher fest gefügten Formen. Berührungspunkte spielten keine so große Rolle mehr – und die für manche gerade rissig gewordenen Fortschrittsideen eroberten mit neuen Bildern des technischen Fortschritts nun auch das konservative Denken.

- Es gab nicht nur früh mit dem wirtschaftswissenschaftlichen, später wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI) Anstrengungen um den Aufbau eigener wissenschaftlicher Kapazitäten. Bei der IG Metall z.B. entwickelte sich beginnend mit den „Automationskongressen“ der 1960er Jahre eine lange Tradition solcher organisierten Diskurse zwischen Wissenschaft und Praxis mit AdA, Sozialakademie und HWP entstanden Einrichtungen, über die gewerkschaftlichen Funktionären wissenschaftliches Wissen vermittelt wurde.
- Umgekehrt entwickelte sich empirische Sozialforschung neu: anknüpfend an unterschiedliche, abgerissene Traditionslinien und Schulen und in der ersten Wissenschaftlergeneration oft getragen von Autodidakten, z.B. in den Anfängen der Strömung, die sich später selbst als „kritische Industriosozologie“ verstand und besonders um Nähe zu den Gewerkschaften bemüht war.
- Zu den verschiedensten Fachdisziplinen (z.B. der Wirtschafts-, Arbeits- und Rechtswissenschaften) und zu vielfältigen intermediären Einrichtungen (wie z.B. RKW, REFA, Selbstverwaltungsorganen, Kammern) entwickelten die Gewerkschaften mehr oder minder dichte Beziehungen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland in der Blütephase sozialdemokratischer Reformpolitik wohl am dichtesten und zu wechselseitigem Nutzen entfalteten: Die Gewerkschaften konnten sich Wissen zugänglich machen, und partiell auch Einfluss auf die Richtung von dessen weiterer Produktion nehmen, und die beteiligten Wissenschaftler konnten sich neue Zugänge

zu ihren Gegenstandsbereichen erschließen, u.U. auch die Ressourcen für deren wissenschaftliche Bearbeitung.

Insbesondere die 68er Bewegung und dann die kurze Blütephase sozialdemokratischer Reformpolitik brachte viel Dynamik in diese Neuansätze. Aus der Studentenbewegung heraus erhielten die Gewerkschaften einigen Zulauf, der nicht nur im hauptamtlichen Funktionärskörper heute seine Wirkungen entfaltet hat. Mit Beginn der sozialliberalen Koalition wurden wissenschaftliche Förderprogramme aufgelegt (HdA, SOTECH usw.). Z.T. aus der Studentenbewegung heraus, z.T. durch diese Förderprogramme gefordert und gefördert, entwickelte sich eine neue Generation von Forschergruppen. Weit über den Bereich der sich selbst so verstehenden ‚kritischen Industriesoziologie‘ und weiterer durch die Konjunktur neomarxistischer Konzepte beflügelter Gruppen hinaus entstanden primäre Forschergruppen auf dem Feld arbeitsbezogener Forschung mit einiger Nähe zu den Gewerkschaften

4. Wissenschaft und Gewerkschaften – Reichweite und Grenzen von Wissensallianzen

Insgesamt kann man so seit den 1970er Jahren sicherlich von einer bemerkenswerten Entwicklung sprechen. In Nähe zu den Gewerkschaften - und später übrigens in ähnlicher Nähe zur Ökologiebewegung im Maße wie diese selbst in Gestalt der Grünen erfolgreiche Institutionalisierungsprozesse durchlief - hat sich so etwas wie eine eigene Wissenschaftsszene entwickelt. Zu den vor allem im Jahrzehnt ihrer Gründung als den Gewerkschaft als besonders nahe stehend geltenden Instituten, der Instituteszene in NRW könnte man sagen, sind noch die TBSen und einige weitere Einrichtungen, etwa die Kooperationsstellen Arbeitswelt-Wissenschaft hinzugekommen. Nicht zuletzt hat sich seit Beginn der 1980er Jahre die Forschungsförderung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung entwickelt. Gemessen an den großen Stiftungen (DFG, VW-Stiftung, Bertelsmann-Stiftung) und den arbeitsbezogenen Förderprogrammen im Anschluss an das HdA-Programm geht es hier sicherlich eher um wenig Geld aber eben doch um Förderprogramme, die für eine Reihe gewerkschaftspolitisch bedeutsamer Themenstellungen empirische arbeitsbezogene Forschung ermöglicht haben und weiterhin ermöglichen.

Trotzdem hat sich aus all diesen Entwicklungen kein dynamischer Prozess entwickelt, in dem gemeinsame Diskursprojekte so etwas wie Impulse für strategisch wichtige Debatten ausgelöst hätten. Akteursgruppen aus dieser gewerkschaftsnahen

Wissenschaftsszene haben sich so z.B. aus ansatzweise entstandenen Kooperationszusammenhängen mit Gewerkschaftspraktikern in ihrer innerwissenschaftlichen Positionierung kaum dauerhaft stärken können. Bereits für die frühere Phase der Mitbestimmungsforschung der 1950er und frühen 1960er Jahre wurde gezeigt, dass die Eigenlogiken des Wissenschaftssystems eine dauerhafte, vor allem auf ausserwissenschaftliche Wirkungen zielende wissenschaftliche Arbeit behindert haben. Die Schwäche der neomarxistisch inspirierten Konzepte aus der 68er Zeit und ihre eher stillschweigende Suspendierung angesichts neuer wissenschaftlicher Konjunkturen im Zeichen von System- und Spieltheorie oder ‚reflexiver Moderne‘, aber auch neue Themenkonjunkturen (Ökologie, ‚Wertewandel‘ usw.) spielen später für die begrenzten Wirkungen der ‚kritischen Industriesoziologie‘, die in dieser Mitbestimmungsforschung einen ihrer empirischen Ausgangspunkte gehabt hatte, eine wichtige Rolle. Dass selbst akademisch gut verankerte primäre Forschergruppen, die nachweislich nachhaltige innovative Impulse in praktischen Handlungsfeldern über ihre Kooperation auch mit Gewerkschaftern ausgelöst haben, im Wissenschaftsbetrieb vergleichsweise wenig Resonanzen auszulösen vermochten, verweist dabei auf die Eigensinnigkeiten der Institutionen einer sekundären Wissenspolitik. Alle wissenschaftlichen Strömungen, die noch an Anknüpfungspunkten aus der Tradition der europäischen Aufklärung festzuhalten suchen, sehen sich angesichts des Diskurses der Postmoderne eher in die Defensive gedrängt. Davon dass über ein punktuell hin und wieder spürbares Setzen von Kontrapunkten zum herrschenden öffentlichen Diskurs hinaus, von „Duftmarken“ sozusagen, auch nur Ansätze einer partiellen Meinungsführerschaft entwickelt worden wären, kann jedenfalls nicht die Rede sein. Gewerkschaftsnahe Forschungsförderungseinrichtungen wie die Hans-Böckler-Stiftung sind in diesem Zusammenhang unter dem Eindruck des Modernisierungsdiskurses der Repräsentanten einer "reflexiven Moderne" wie auch im Zuge verstärkter Kooperationen mit anderen Forschungsförderern mit ganz eindeutiger Positionierung (Bertelsmann-Stiftung) in ihren Konturen eher unscharf geworden.

Umgekehrt kann man auch kaum sagen, dass über die diesen Wissenschaftler-Praktiker-Diskursen aktiv beteiligten Gewerkschafter innergewerkschaftliche Klärungsprozesse spürbar befruchtet werden konnten. Auch hier erwies sich die Prägekraft institutionell eingeschliffener Politik- und Handlungsmuster als sehr mächtig - und der Druck in Richtung auf grundlegende strategische Klärungen war über lange Jahre wohl nicht so groß, dass sich dies hätte ändern lassen. Im Zusammenhang mit den Programmreformdebatten der 1990er Jahre wurden einzelne, den Gewerkschaften nahestehende Wissenschaftler zu Diskussionen eingeladen. Aber zur Organisation eines

stetigen, lebendigen, wechselseitig befruchtenden Austausches reichten die Energien gegenüber einem anwachsenden Veränderungsdruck nicht aus. Ideen zur Entwicklung einer gewerkschaftlichen Akademie, die dem stetigen Austausch von Wissenschaft und gewerkschaftlicher Praxis dienen könnte, wurden nicht aufgegriffen. Auch der Umstand, dass über einen langen Zeitraum erkennbar und zunehmend als Problem spürbar die Leistungsträger der herausziehenden neuen „Wissensgesellschaft“ in der Mitgliederstruktur der Gewerkschaften nicht mehr repräsentiert waren, wurde nicht zum Anreiz für neue Impulse.

Gegenwärtig allerdings wird unübersehbar, dass Orientierungsbedarfe wachsen. Die Balance zwischen bewahrenswerten Traditionen und unabweisbaren Erneuerungsbedarfen herzustellen, erweist sich als immer schwieriger. Der alte Fortschrittsoptimismus scheint unwiederbringlich dahin. Und wer von den gewerkschaftspolitisch Handelnden Zuversicht demonstriert, die Zukunft aktiv gestalten zu können, spürt doch immer deutlicher, dass er sich auf schwankendem Grund bewegt. Orientierung zurückzugewinnen, setzt heute gemeinsame Arbeit von Akteuren in Wissenschaft und Praxis voraus, bei der zunächst einmal die richtigen Fragen gestellt werden müssen.

5. Anknüpfungspunkte heute

Insgesamt muss man heute wohl eher Rückschritte gegenüber einem schon einmal erreichten Entwicklungsstand konstatieren. Das betrifft sowohl die Dichte aktueller Diskurse als auch das Fundament von Ressourcen, von denen eine gegenüber den Gewerkschaften offene arbeitsorientierte Forschung zehrt. Auf Tagungen mit Gewerkschaftern oder in den Gruppen, in denen sich heute noch gewerkschaftsnahe Sozialwissenschaftler darum bemühen, wissenschaftliche Zuarbeit für von ihnen und einigen Praktikern als gewerkschaftlich wichtig erachtete Klärungsprozesse zu organisieren (z.B. im Hattinger Kreis oder im Zusammenhang der Zukunftsdebatte der IG Metall) wird eher darüber geklagt, dass die Zahl der Mitarbeitenden schrumpft, dass die Aktiven im Schnitt deutlich gealtert sind und dass ein den Gewerkschaften gegenüber aufgeschlossener wissenschaftlicher Nachwuchs im Wissenschaftssystem weitaus dünner gesät ist, als dies in den 1960er und 1970er Jahren noch der Fall gewesen ist. Es gibt zwar einige Anzeichen dafür, dass einzelne Gewerkschaften sich darum bemühen, neue systematischere Diskussionszusammenhänge mit WissenschaftlerInnen aufzubauen, aber ob sich daraus stabile Arbeitszusammenhänge entwickeln lassen, wie sie z.B. augenscheinlich im Forum Zukunft der OBS als einem wissenschaftlich-

gesellschaftlichen Gesprächskreis intendiert sind, ist derzeit offen. Dass die aktuellen Spardiskussionen auf der Ebene der Politik darüber hinaus das ohnehin hinsichtlich seines Einflusses eher schon geschrumpfte Potential institutionalisierter gewerkschaftsnaher arbeitsbezogener Forschung weiter reduziert, kann derzeit zudem nicht ausgeschlossen werden.

6. Was müssten strategische Wissensallianzen heute leisten?

Die Spandauer Fragen setzen mit einiger Selbstverständlichkeit voraus, dass es in unserem Zusammenhang um *strategische* Wissensallianzen gehen müsste. Wenn wir zugleich die These vom Epochenbruch wirklich ernst nehmen, stellt sich die Frage, wer in der gegenwärtigen Situation überhaupt schon Strategien formulieren kann, ja ob man hier nicht allzu leicht auf Konzepte der vergangenen alten Epoche zurückgreift und in der grundlegend veränderten Lage nicht überhaupt viel offener vorgehen muss. Jedenfalls dürfte heute folgendes gelten:

- Um strategische Fragen, und vor allem um die damalige Form ihrer (Nicht)Klärung, wie in den ersten Jahrzehnten der Entstehung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung kann es heute nicht gehen.
- Auch an den bunten Strauß von arbeitsorientierter Forschungsförderung, Forschung und Beratung und Kooperationsbezügen zu unterschiedlichsten intermediären Einrichtungen läßt sich heute auch nicht mehr so ohne weiteres anknüpfen, denn so manche Blume darin wird welk oder ist schon verblüht.
- Wenn Orientierungsbedarfe wachsen, weil vormals als gesichert geltende Bezüge von arbeitsorientierter Forschung und gewerkschaftlicher Praxis fraglich geworden sind, dann wird so etwas wie eine von neuem aufklärende Funktion von sozialwissenschaftlicher Arbeit² in Bezug auf die ablaufenden Veränderungen in der sogenannten "Wissensgesellschaft" wichtig.
- Es käme also darauf an, Sachverstand, methodisches und konzeptionelles sozialwissenschaftliches Wissen zu nutzen, das heute schon in großem Umfang aus den Institutionen des Wissenschaftssystems ausgewandert und in vielfältigen Formen verfügbar und in vernetzten Arbeitszusammenhängen aktualisierbar ist.

² Oder mit Bourdieu von *Soziologie als Gegengewicht zur Ökonomie*

Hierfür wäre es also wichtig, heute noch vorhandene und in neuer Form erstmals verfügbare Potentiale in geeigneter Weise zusammenzubringen, um in lokalen, regionalen und (supra)nationalen Handlungszusammenhängen z.T. neue Formen projektförmiger und vernetzter Arbeiten zu entwickeln. Die folgenden Aspekte, die in diesem Zusammenhang wichtig erscheinen, sollen hier zur Diskussion gestellt werden:

- (1) Es ginge darum, *bedeutsame Themenfelder* zu bearbeiten. Man muss nach ihnen nicht suchen. Die Herausforderung liegt eher darin, sich auf die vorrangigsten Fragen zu konzentrieren. Diese könnten sein: Kritik der neoliberalen Globalisierung und Ansatzpunkte einer alternativen Wirtschaftspolitik, Umbau des Sozialstaates und Reform der sozialen Sicherungssysteme an der Schwelle zu einer postindustriellen Tätigkeitsgesellschaft, Konturen eines neuen Modells nachhaltiger und guter Arbeit, Perspektiven gewerkschaftlicher Organisationsentwicklung sowie arbeitspolitischer Ansätze im Bereich neuer Klientelen, Entfaltung einer transnationalen Gewerkschaftspolitik in Europa,
- (2) Es ginge darum, hierfür *geeignete Personen* zusammenzubringen. Wenn die These von den wachsenden Orientierungsbedarfen richtig ist, und wenn sie nicht nur im Blick auf Gewerkschaftspraktiker gilt sondern eben auch für die Wissenschaftler(gruppen), die sich noch auf gewerkschaftliche Praxis beziehen wollen, dann müssten hier auf beiden Seiten Bedarfe vorhanden sein, an die sich anknüpfen ließe. Im Prinzip lassen sich diese Personen(gruppen) relativ leicht benennen: der Hattinger Kreis, das Forum Zukunft der Otto Brenner Stiftung, unser Forum neue Politik der Arbeit, eine sicherlich nicht ganz geringe Zahl mehr oder minder prominenter WissenschaftlerInnen, die man punktuell und vielleicht verstetigt zur Mitarbeit gewinnen kann und eine derzeit eher wachsende Zahl von gewerkschaftlichen Aktiven, die in steigendem Maße Bedarf an Orientierungswissen artikulieren, wären da zu nennen – und zwar nicht abschließend, sondern ‚eröffnend‘. Über die entsprechenden Personen aus dem Wissenschaftsbereich würden auch Bezüge zu und zwischen den Einrichtungen aktiviert werden können, die aus dem oben genannten bunten Blumenstrauß heraus bereitstehen.
- (3) Es ginge also darum *gemeinsame Dialogprojekte* zu organisieren. Das müsste bei der organisatorischen Form solcher Projekte beginnen: Es kann nicht einfach um punktuelle Anlässe gehen, zu denen Gewerkschaften WissenschaftlerInnen einladen (und die dann im Zweifel eher in Reaktion auf von außen gesetzte Anlässe und

Anforderungen zustande kommen); und es kann nicht einfach um noch so beharrliche Arbeitsprozesse von WissenschaftlerInnen gehen, über die diese versuchen, ihre Sicht der Dinge an die Gewerkschaften heranzutragen. Im Zentrum müssten vielmehr stetige gemeinsame Problemdefinitionen stehen, auf die bezogen dann gemeinsame Arbeitsprozesse organisiert werden müssten - beginnend mit einer gemeinsamen Steuerung entsprechender Prozesse, für deren Entfaltung alle Möglichkeiten moderner Technik zu nutzen wären, mittels derer virtuelle Netzwerke mit wachsender Fähigkeit zur Selbststeuerung entstehen können.

- (4) Es käme weiter darauf an, *Wissensallianzen als Prozess zu dynamisieren*. Ziel der Entwicklung einer vernetzten Struktur aus unterschiedlichen Knotenpunkten, virtuellen Diskussionszusammenhängen und gelegentlichen herausgehobenen punktuellen Veranstaltungen müsste es dann sein, in Richtung auf die für beide Teilgruppen relevanten institutionellen Kontexte, und dadurch auch darüber hinaus auf eine interessierte breitere Öffentlichkeit, Aufmerksamkeit, Attraktivität und sukzessive auch bestimmte Wirkungen zu entfalten.
- (5) Solche Wirkungen werden möglich, wenn es gelingt, Klärungen, Positionen, Standpunkte als Ausgangspunkte für jeweils weitertreibendes Fragen und Handeln in den je spezifischen Handlungskontexten der Beteiligten zu erarbeiten. Es geht also weder um einen Wissenstransfer in außerwissenschaftliche Praxisfelder, der im Bild von „Einbahnstraßen“ gedacht wird (wohl aber darum, dass WissenschaftlerInnen ihre spezifischen ‚Dienstleistungen‘ anbieten und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden) noch um die Vorstellung, Wissen selektiv ‚anzuzapfen‘ um es für bereits erkannte, als bekannt gedachte Bedarfe der Praxis zu nutzen. Dies entspräche alten, veralteten und überholten Mustern der Produktion von wissenschaftlicher Erkenntnis und/oder der Organisation von politischem Handeln. Und dies würde auch einer ‚arbeitsteiligen‘ Trennung von tatsächlich zusammengehörenden Produktionsprozessen entlang der Grenzen gesellschaftlicher Teilsysteme aufsitzen, wie sie in der Soziologie z.B. durch die moderne Systemtheorie noch zusätzlich zu befestigen versucht werden. Es geht vielmehr darum, dynamische, selbststeuernde Prozesse in Gang zusetzen, die gerade solche Systemgrenzen überschreiten.